

Leser der *Frankfurter Allgemeinen* sind schon etwas Besonderes. Jedenfalls glauben sie das. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Sie werden besonders brutal manipuliert. So auch wieder am vergangenen Wochenende auf der Frontseite mit der Titelgeschichte der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: „Die Bewährungsprobe des Westens“, Unterzeile: „Wenn Putin siegt, wird er zum Hegemon Europas. Nur die Nordatlantische Allianz kann das verhindern“. Autor ist Konrad Schuller. – Ein tolles Stück. Die USA haben Militärbasen in vielen Ländern Europas, alleine in Deutschland so zentrale Einrichtungen wie Ramstein und Grafenwöhr. Diesen Tatsachen zum Trotz kann man den *FAS*-Lesern das Märchen als Wahrheit verkaufen, der Präsident Russlands, namentlich Putin, werde demnächst zum Hegemon Europas. Hauptziel des Beitrags ist es, Stimmung gegen ein Kriegsende, gegen einen Waffenstillstand oder gar einen Frieden in der Ukraine zu machen. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230509-Dahinter-stecken-manipulierte-Leser-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Märchengeschichten kann die *Frankfurter Allgemeine* ihren Lesern erzählen, weil diese eben keine „klugen Köpfe“, sondern ausgesprochen leicht manipulierbar sind. Das belegen die hier wiedergegebene Frontseite der letzten Wochenendausgabe und der Blick auf andere Artikel.

Die Bewährungsprobe

Wenn Putin siegt, wird er zum Hegemon Europas. Nur die Nato...

(1) **R**usslands Winteroffensive in der Ukraine ist gescheitert. Im Kampf um Bachmut ist eine Rekrutenwelle nach der anderen verblutet, ohne viel Boden zu gewinnen. Zerstrittene militärische Führer zanken um knappe Munition. Jewgeny Prigoschin, der Sponsor der Privatarmee „Wagner“, droht mit Rückzug und sieht das Land schon am „Rande der Katastrophe“.

(2) Zugleich kündigt die Ukraine einen neuen Vorstoß an. Manche Fachleute sagen, mit den jüngsten Angriffen auf russische Nachschubzentren habe die Offensive schon begonnen. Die Aussichten sind nicht schlecht. Die ukrainische Armee hat vom Westen einiges an modernen Waffen bekommen, und aus den Erfolgen des letzten Jahres hat sie gelernt, wie man Russen besiegt. Zwar kann niemand wissen, wie der Gegenangriff ausgehen wird. Die Ukraine will ihr ganzes Territorium zurück, einschließlich der Krim, aber vielleicht wird sie fürs Erste auch nur einen Teil ihrer besetzten Gebiete wiedergewinnen.

(3) So oder so hat der amerikanische Geheimdienstdirektor Avril Haines recht, wenn er sagt, Russland sei im Augenblick so geschwächt, dass es in diesem Jahr nicht wieder angreifen könne. Im kommenden Herbst, nach der Offensive der Ukrainer, könnte damit ein Zustand eintreten, den Fachleute als „schmerzhaftes Patt“ beschreiben. In solchen Phasen, wo niemand siegt und jeder nur noch leidet, steigt erfahrungsgemäß die Bereitschaft zur Pause. Die kann durch Abmachungen kommen oder auch nur als ein Stillstand de facto. Das gab es schon einmal. Nach dem ersten Höhepunkt des Krieges im Jahr 2015 hat so eine Phase ganze sieben Jahre gedauert. Dann erst schlug Putin wieder los.

(4) Wenn es aber so kommt, steht dem Westen eine Bewährungsprobe bevor. Die Demokratien der Nato werden dann in Versuchung geraten, sich an den Sitzkrieg im Osten einfach zu gewöhnen. Als der Krieg 2015 durch die Minsker Abkommen zum ersten Mal mehr

schlecht als recht eingedämmt wurde, ließ die Aufmerksamkeit schnell nach. Viele Bündnismitglieder vergaßen das Versprechen, ihre Verteidigungsausgaben in Richtung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, und Amerika stellte unter Donald Trump die Nato insgesamt infrage. Deutschland wurde damals durch die Gaspipelines in

Wenn der Krieg am Ende einfriert, können die Demokratien der Nato in Versuchung geraten, sich an den Sitzkrieg im Osten einfach zu gewöhnen.

(5) der Ostsee zum Hauptsponsor des neuen russischen Faschismus.

Damit das nicht wieder so kommt, muss der Westen sich jetzt schon auf die Zeit nach der ukrainischen Offensive vorbereiten. Wenn der Krieg wieder einfriert, könnte die Wachsamkeit nachlassen. Wenn scheinbar nichts mehr los ist, wird Jahr für Jahr die Versuchung wachsen, knappes Geld lieber in andere Projekte zu stecken als in Waffen.

Putin aber würde die Pause nutzen. Solange er in Moskau das Sagen hat, wird Russland ein Raubstaat bleiben. Er könnte seine angeschlagene Armee wieder aufpolieren und dann wieder angreifen.

Falls aber Putin dann im dritten Anlauf die Ukraine tatsächlich unterwerfen sollte, wären die Folgen für Europa und die Nato verheerend. Sie hat sich für die Ukraine durch materielle und ideelle Hilfe schon sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Jetzt aber würden sich ihre feierlichen Versprechen, die Souveränität und Integrität dieses Landes zu verteidigen, als leere Worte entpuppen. Das aber könnte auch ihre Beistandsversprechen nach innen entwerten – allen voran den Artikel

fünf des Nato-Vertrags, in dem sich die Alliierten versprechen, Angriffe gegen jeden Einzelnen als „Angriff gegen sie alle“ anzusehen. Die Verbündeten könnten dann auseinanderlaufen wie Hühner, wenn der Habicht kommt. Manche könnten Sonderdeals mit Amerika suchen, andere mit Russland. Einige würden vielleicht nach der Atombombe streben.

Putin aber wäre dann der mächtigste russische Führer seit Stalin. Am Ende seines Lebens könnte er sich den Zielen zuwenden, die er seit Jahrzehnten verfolgt. Dazu gehört erstens die territoriale Wiederherstellung der Sowjetunion und ihres Machtbereiches aus Zeiten des Kalten Krieges. Zweitens die Verdrängung Amerikas aus Mitteleuropa und vielleicht vom ganzen Kontinent. Dass Putin das will, ist keine Spekulation. In den russischen Ultimaten an die USA und an die Nato vom 17. Dezember 2021 sind diese Ziele kaum verhüllt niedergelegt. Europas Staaten, auch Deutschland, könnten dann zu Trabanten Russlands werden.

Um das zu verhindern, müssen sie jetzt schon dafür sorgen, dass die Offensive der Ukraine so viel Erfolg hat wie möglich. Wenn es dann gelungen ist, Russland so zu schwächen, dass die Front irgendwo erstarbt, weil es nicht weiter angreifen kann, müssen sie dafür sorgen, dass Putin das alte Spiel von Pause, falscher Waffenruhe und neuem Klack nicht wieder aufnehmen kann. Konkret: Die Ukraine muss genug Geld und Waffen bekommen, um konventionelle russische Angriffe dauerhaft abschrecken zu können – also viel mehr als jetzt.

Das wird viel kosten, aber nicht mehr, als der Westen leisten kann. EU-Kommissar Thierry Breton hat eine „Kriegswirtschaft“ für Europa verlangt, aber vielleicht ist das gar nicht nötig. Vielleicht reicht auch das, was in Zeiten der sowjetischen Bedrohung im 20. Jahrhundert normal war. Eine „Kalte Kriegswirtschaft“ also. Was das heißen könnte, zeigen ein paar Zahlen. 1963 gab Westdeutschland 4,9 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung aus. Dem



SIEGERMENTALITÄT

Mats Hummels' Sehnsucht nach dem Meistertitel.

Sport

HÖLLENTrip

Joaquin Phoenix und sein neuer Film „Beau is Afraid“.

Feuilleton

KI
D
g
R

robe des Westens

rdatlantische Allianz kann das verhindern. *Von Konrad Schuller*

Wirtschaftswunder hat das nicht geschadet. 1974, unter dem Entspannungskanzler Willy Brandt, waren es dann immer noch 3,25 Prozent. Also etwa das Doppelte von heute. Und Westdeutschland allein hielt 1989, im letzten Jahr der Teilung, 495.000 Mann unter Waffen. Heute stellt das vereinigte Deutschland gerade noch 183.000 Soldatinnen und Soldaten. Mehr Verteidigungsausgaben müssen Europa also nicht ruinieren.

Aber werden konventionelle Waffen reichen? Russland ist eine nukleare Supermacht, und wenn ein neuer Krieg nach einer taktischen Pause für Putin so schlecht laufen sollte, dass seine Herrschaft in Gefahr gerät, könnte er gegen die Ukraine atomare Gefechtsfeldwaffen einsetzen. Deshalb braucht das Land spätestens nach dem Einfrieren der jetzigen Kämpfe einen nuklearen Schirm.

Diesen Schirm kann aber nur die NATO aufspannen, und so hat Generalsekretär Jens Stoltenberg jetzt wieder daran erinnert, dass die Allianz der Ukraine eigentlich schon 2008 die Mitgliedschaft versprochen hat.

Es gibt allerdings Einwände gegen einen solchen Weg. Ihr Kernargument lautet: Wenn die NATO ein Land aufnimmt, das in einem Territorialkonflikt mit einem Nachbarn steht, könnte sie in diesen Konflikt hineingezogen werden. Wenn die Gegenpartei eine Atommacht ist, entsteht ein nukleares Risiko. Wegen dieser Sorge hat die NATO 1995 beschlossen, dass Beitrittskandidaten, die „territoriale Streitigkeiten“ haben, diese erst einmal „mit friedlichen Mitteln“ lösen müssen. Für die Ukraine würde das heißen: Sorry, solange Russland keinen Frieden mit euch will, bleibt die Tür zu.

Allerdings wird diese Lesart dem Text von 1995 nicht gerecht. Dort heißt es nämlich in den folgenden Sätzen, die Lösung von Territorialkonflikten sei lediglich „ein“ Faktor bei der Entscheidung über neue Mitglieder. Das heißt: Andere Faktoren spielen auch eine Rolle. Was aber diese Faktoren sein könnten, bestimmt das Grunddokument der Alli-

anz, der Nordatlantikvertrag von 1949. Dort heißt es, jeder Staat, der zur Sicherheit des Bündnisses „beitragen“ könne, dürfe eingeladen werden.

Die Ukraine aber würde durch ihren Beitritt die Sicherheit des Bündnisses nicht gefährden, sondern festigen. Das gilt auch dann, wenn der Territorialkonflikt mit Russland noch nicht gelöst ist, denn nur das gesamte Abschreckungspotential NATO kann Putin davon abhalten, zu gegebener Zeit wieder loszuschlagen. Nur unter dem Schirm der Allianz kann die Ukraine helfen, die Rückkehr des russischen Imperiums in die Mitte Europas zu stoppen. Deshalb muss sie spätestens dann Mitglied werden, wenn die Front einfrickt – also nicht erst an dem Tag, an dem es Rosen regnet und Russland Frieden gibt.

Es gibt ein Beispiel für diesen Weg: die Bundesrepublik. Die trat 1955 der NATO bei, obwohl sie sich in Gebietsstreitigkeiten mit mehreren Staaten des sowjetischen Machtbereichs befand, nachdem Polen und Russland Teile des

*Falls Putin die
Ukraine tatsächlich
unterwerfen sollte,
wären die Folgen für
Europa und die
NATO verheerend.
Putin wäre dann der
mächtigste russische
Führer seit Stalin.*

früheren Reichsgebiets annektiert hatten. Auf der anderen Seite machte die gewaltige sowjetische Militärpräsenz am „eisernen Vorhang“ klar, dass Moskau mit dem halben Deutschland nicht zufrieden war und nur auf die Gelegenheit wartete, das ganze zu nehmen. Historische Parallelen sind natürlich nur begrenzt aussagekräftig. Aber das Beispiel zeigt, dass Territorialkonflikte die

Aufnahme eines Landes in die NATO nicht verhindern müssen.

Am Ende hat die Aufnahme Westdeutschlands das Bündnis damals nicht unsicherer, sondern sicherer gemacht. Durch die Bundeswehr wurde es stärker, und das Schutzversprechen der Alliierten für die Bonner Republik machte der Moskauer Führung klar, dass sie es mit Amerika zu tun bekommen würde, wenn sie in Mitteleuropa zündeln wollte. Das bewährte sich in der Berlin-Krise von 1961, als der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow vom Versuch ablassen musste, den westlichen Teil der Stadt unter seine Kontrolle zu kriegen, und dann noch einmal in den Siebzigerjahren, als die Sowjetunion durch neue nukleare Mittelstreckenraketen vor allem Westdeutschland erpressen wollte. Damals hielt das Bündnis allen Drohungen stand. Ähnlich wäre es heute in der Ukraine: Wäre sie Mitglied der NATO, könnte Russland nicht mehr hoffen, sie weiter wie bisher ohne existenzielle Gefahr für die eigene Sicherheit durch immer neue Aggressionen scheinbarweise zu erobern.

Zu einer realistischen Einschätzung gehört aber auch: Vielleicht wird die Aufnahme der Ukraine nicht gelingen. Neue NATO-Mitglieder können nur einstimmig eingeladen werden, und zu viele könnten dagegen sein – weil sie wie Viktor Orbán Putin nahestehen, weil sie wie Recep Tayyip Erdoğan ohnehin immer ihre eigene Suppe kochen oder weil sie wie Olaf Scholz zu viele Pazifisten in ihrer Partei haben. Außerdem kann es gut sein, dass die USA 2024 wieder einen Trumpisten zum Präsidenten machen und das Bündnis ins Trudeln kommt.

Umso dringender ist Schnelligkeit. Wenn es die NATO nicht sein kann, muss ein „Plan B“ her – ein Schutzbündnis, das Veto-fest wäre, weil es nur aus „Willigen“ bestünde. Konzepte dafür gibt es, Gespräche sind im Gang. Wenn aber nichts daraus wird, bevor Amerika in anderthalb Jahren wieder wählt, kann es zu spät sein.

Fotos Picture Alliance, (3), Marius Arnold

ÖNIGLICHES SAMBIA

er Liuwa-Nationalpark
nießt besonderen Schutz.

eise



Kundenservice: (0 49) 75 91-10 00
Internet: www.faz.net/meinabo
Abo-Bestellung: (0 49) 75 91-33 59
Im Internet: www.faz.net/abo

Luxemburg, Österreich 5,60 € - Belgien, Frankreich,
Italien, Niederlande, Portugal, (Conti), Spanien, Kana-
ren, Balearen 5,80 € - Schweiz 6,00 sfrs



An diesem Beispiel ist gut erkennbar, wie die Gängelung der Leser funktioniert und welche Methoden der Manipulation eingesetzt werden.

Vermutlich werden Sie Menschen in Ihrem Umfeld kennen, die *FAZ* oder *FAS* lesen und das perfekte Werbemärchen glauben, hinter diesem Blatt stecke ein kluger Kopf. Der Aufmacher vom vergangenen Wochenende ist gut geeignet, um die Glaubwürdigkeit des Blattes zu erschüttern. In Teil A weise ich auf einige fragwürdige Aussagen hin. In Teil B werden die Stücke und Links angeführt, die vom gleichen Autor im Laufe des vergangenen Monats erschienen sind.

Teil A . Anmerkungen zum manipulativen Gehalt des Titels der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 7. Mai 2023: Die Bewährungsprobe des Westens

Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf entsprechende Markierungen in den wiedergegebenen Texten.

1. Im ersten Absatz führt der Autor ein wichtiges emotionales Beiwerk ein: die Botschaft, Russland sei am Verlieren, seine Offensive sei gescheitert. – Wir wissen nicht, ob diese Einschätzung richtig ist. Die *FAS* weiß das.
2. Typisch für alle manipulierenden Medienprodukte, die Berufung auf Fachleute, auf Experten. Ohne Beleg. Einfach so.
3. „... wie man Russen besiegt“. Das ist die oft zu beobachtende Personalisierung des Konflikts. Nicht von Russland wird geschrieben oder gesprochen. „Die Russen“.
4. Die Behauptung, Russland sei im Augenblick so geschwächt, dass es in diesem Jahr nicht wieder angreifen könne, ist nicht durch Fakten belegt, sondern durch die Berufung auf einen US-amerikanischen Geheimdienstexperten.
5. Im weiteren Verlauf wird dann die Gefahr des „schmerzhaften Patts“ eingeführt. Die „Demokratien“ des Westens würden in die Versuchung geraten, sich „an den Sitzkrieg einfach zu gewöhnen“. Das ist die Bewährungsprobe, von der im Titel des Frontartikels die Rede ist.
6. Hier wird behauptet, Deutschland „wurde damals durch die Gaspipelines in der Ostsee zum Hauptsponsor des neuen russischen Faschismus“. – Das mutet die *Frankfurter* ihren Lesern zu: „Der neue russische Faschismus“! Und: Die Gaspipelines hatten keinen Vorteil für uns. Sie dienten Russland, und damit das so richtig klar wird, greift das Blatt zu der Übertreibung, wir hätten mit den Ostsee-Pipelines den neuen russischen Faschismus finanziert.

Im nächsten Absatz werden die Leser gewarnt, mit ihrer Wachsamkeit nachzulassen und aus diesem Grund der Versuchung zu verfallen, das knappe Geld lieber in andere

Projekte zu stecken als in Waffen.

7. Hier wird behauptet, solange Putin „in Moskau das Sagen habe, wird Russland ein Raubstaat bleiben“. – Kein Beleg, nichts, einfach nur ein Etikett auf der Basis einer maßlosen Übertreibung und einer falschen Darstellung der historischen Abläufe. Der russische Präsident Putin hat noch im Jahre 2001 weitreichende Angebote für eine Zusammenarbeit von Wladiwostok bis nach Lissabon gemacht. Er durfte im September 2001 im Deutschen Bundestag reden. Die Verteufelung dieses Mannes ist danach eingeführt worden.
8. Hier wird die Entwertung des Beistandsversprechens nach Art. 5 des NATO-Vertrages konstruiert und es folgt die Prognose für die De-facto-Auflösung der NATO: „Die Verbündeten könnten dann auseinanderlaufen wie Hühner, wenn der Habicht kommt.“ Das sind abstruse Behauptungen nach dem Motto: Es wird schon etwas hängenbleiben.
9. In diesem Teil wird die Behauptung aufgestellt, Putin könne am Ende seines Lebens der mächtigste russische Führer seit Stalin werden und sich den Zielen zuwenden, die er seit Jahrzehnten verfolgt. Dazu gehöre die territoriale Wiederherstellung der Sowjetunion und ihres Machtbereiches aus Zeiten des Kalten Krieges und „die Verdrängung Amerikas aus Mitteleuropa und vielleicht vom ganzen Kontinent“. – Solche abstrusen Behauptungen kann man den Lesern der *Frankfurter* zumuten. Das ist schon beachtlich und spricht dafür, dass der Werbespruch der *Frankfurter* vom klugen Kopf, der dahinterstecke, die Wirklichkeit auf dem Kopf stellt.
10. Behauptungen über das angebliche Spiel von Putin enden in der Empfehlung zur Abschreckung mit mehr westlichen Waffenlieferungen – „also viel mehr als jetzt“.
11. Die Ukraine brauche einen nuklearen Schirm durch die NATO. Also müsse die Ukraine in die NATO aufgenommen werden.
12. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO würde die Sicherheit des Bündnisses nicht gefährden, sondern festigen. Nur unter dem Schirm der Allianz könne die Ukraine helfen, die Rückkehr des russischen Imperiums in die Mitte Europas zu stoppen. – Es ist unglaublich, was man Lesern der *Frankfurter* zumuten kann.
13. Olaf Scholz habe zu viele Pazifisten in seiner Partei. Donnerwetter! Kennen Sie einen oder eine Pazifistin in der SPD?

Das Fazit: Es ist unglaublich, was die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihren Lesern zumutet, und es ist noch unglaublicher, was sich die Leser und Leserinnen dieses Blattes bieten lassen.

B. Ein Überblick über Beiträge des Autors Konrad Schuller seit 5.4.2023

24.4.2023

KRITIK AN PUTIN: Die Tyrannis in Russland geht alle an

EIN KOMMENTAR VON [KONRAD SCHULLER](#)

Wenn Russlands Justiz Putins Kritiker bedrängt, ist das keine innere Angelegenheit. Angriffe gegen Dissidenten sind oft zugleich Angriffe gegen westliche Länder. Denn Tyrannen müssen Demokratien hassen.

....

faz.net/aktuell/politik/ausland/russlands-terror-gegen-regimegegner-geht-uns-alle-an-18835764.html

20.4.2023

NAZIS UND LEOPARDEN:

Die Panzer von Isjum

In einer kleinen ukrainischen Stadt trinken die Männer auf Deutschlands Leoparden. Vom Terror der Nazis vor achtzig Jahren will hier keiner mehr etwas hören.

Andryj hatte nachgeschenkt. Jetzt war der Vorsitzende des Kreisrats dran. Er hob sein Glas und schwieg, bis alle schwiegen: der Polizeioberst im Ruhestand, Andryjs Freund Juryj und ich. Der letzte Toast war auf die Panzer gegangen, die Deutschland der [Ukraine](#) geschickt hat, und der nächste musste noch besser werden. „Auf die Deutschen,“ sagte der Kreisratsvorsitzende also. „Auch auf die von damals. Im Zweiten Weltkrieg. Da gab es ja auch Gute. Manche haben unseren Kindern sogar Bonbons gegeben.“ ...

faz.net/aktuell/politik/ausland/befreite-stadt-isjum-in-der-ukraine-auf-deutsche-panzer-anstossen-18821164.html

10.4.2023

UKRAINISCHE ARMEE:

Linke Soldaten verstehen die deutschen Genossen nicht

Lastiwka und Jan sind Anarchisten und Soldaten im Kampf gegen Russland. Dass die deutsche Linke ihnen nicht helfen will, können sie nicht verstehen....

faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-anarchistische-soldaten-verstehen-die-deutsche-linke-nicht-18805989.html

7.4.2023

RUSSISCHE GEFÜHLSPOLITIK:

„Putins Botschaft ist: Wir sind Opfer, nicht Täter“

Die Historikerin Ute Frevert erforscht Gefühlspolitik. Und sie sagt: Die Meister sitzen in Moskau. Ihre Mittel sind Demütigung, Angst und enttäuschte Liebe. ...

faz.net/aktuell/politik/ausland/putins-verhalten-interview-zu-russischer-gefuehlspolitik-18791475.html

5.4.2023

BESUCH IN UKRAINE:

Habeck fordert Sanktionen auf russisches Uran

VON [KONRAD SCHULLER](#), KIEW

Wirtschaftsminister Robert Habeck spricht sich für ein Verbot von Uranimporten aus Russland aus. Länder nennt er nicht beim Namen, aber ein Verbot würde unter anderem Frankreich und Ungarn treffen. ...

[faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-besuch-robert-habeck-fordert-sanktionen-auf-russisches-uran-18801414.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-besuch-robert-habeck-fordert-sanktionen-auf-russisches-uran-18801414.html)

Usw, usw. - Agitation in kurzen Abständen.

Titelbild: [ladydi_saster](#), [CC BY 2.0](#), via Wikimedia Commons